

## **Antrag**

**der Abgeordneten Werner Lensing, Eckart von Klaeden, Dr. Andreas Schockenhoff, Ilse Aigner, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Norbert Hauser (Bonn), Dr.-Ing. Rainer Jork, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Vorbereitung auf neue Herausforderungen an Deutschlands Sicherheitspolitik – Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der politikberatenden Forschung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist Deutschland gemeinsam mit seinen atlantischen und europäischen Partnern mit einer Vielzahl von neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die Aufgaben der deutschen wie der atlantischen Sicherheitspolitik haben sich geografisch wie funktional verändert. Die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union haben in den zurückliegenden Jahren die Anpassung an die sich gewandelten Bedingungen vollzogen. Sicherheit kann heute nicht mehr allein über einen territorial definierten Raum und ausschließlich militärisch bestimmt werden. Ein erweiterter Sicherheitsbegriff umfasst darüber hinaus Fragen der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Stabilität. Die weltweite Zunahme von Krisen und Konflikten, die sich in Form von Bürgerkriegen und von Armut, von Umweltkatastrophen und von grenzüberschreitenden Flüchtlingsbewegungen äußern, ist äußerst besorgniserregend. Ungünstige wirtschaftliche und soziale Bedingungen, ethnische und religiöse Gegensätze sowie innerstaatliche Auseinandersetzungen sind in zunehmendem Maße Konfliktursachen geworden. Aufgrund dieser Entwicklungen kommt dem Stabilitätstransfer, der Krisenvorsorge und der Konfliktprävention in Zukunft eine immer größere Bedeutung zu. Nur gemeinsam und mit enger internationaler Abstimmung und partnerschaftlicher Kooperation lassen sich die vor uns liegenden Aufgaben meistern. Deutschland muss vor diesem Hintergrund einen sichtbaren konzeptionellen und praktischen Beitrag zur Stabilität in Europa leisten. Deshalb ist es geboten, dass Deutschland seine sicherheitspolitischen Ziele und Wege neu definiert, seine Instrumente überprüft und, wo nötig, an die neue Lage anpasst. Sicherheitspolitische Herausforderungen dürfen dabei nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind in einem gesamtstrategischen Zusammenhang zu sehen. Es geht deshalb darum, eine nationale Gesamtstrategie ressortübergreifend zu entwickeln und dabei in stärkerem Maße als bisher auf die externe Expertise von außeruniversitären Forschungsinstituten wie der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zurückzugreifen.

In der von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag beschlossenen Neuformierung der politikberatenden Forschung, wie sie in den gemeinsamen Leitlinien und dem Beschluss, die Stiftung Wissenschaft und Politik mit dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Berlin unter einem Dach zu vereinen, zum Ausdruck gekommen ist, besteht bereits eine gute institutionelle Grundlage, um eine Vertiefung der Friedens- und Konfliktforschung zu ermöglichen. Die geplante Deutsche Stiftung Friedensforschung ist deshalb nicht erforderlich. Sie würde darüber hinaus die bislang von der Bundesregierung verfolgten Bemühungen um Bündelung der außeruniversitären Expertise konterkarieren.

Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit der Neuformierung der politikberatenden Forschung in Berlin, d. h. mit dem bevorstehenden Umzug der Stiftung Wissenschaft und Politik und des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien nach Berlin und der Zusammenlegung der beiden Institutionen, ein tieferes Verständnis für die Bedeutung und Förderung der außeruniversitären Politikberatung vermissen lassen. Die Erhöhung der Mittel zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung im Etat des Ministeriums für Bildung und Forschung im Zusammenhang mit der geplanten Deutschen Stiftung Friedensforschung steht im Gegensatz zu der rigiden Politik, mit der auch im Bundeshaushalt 2000 die Mittel für die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Zuschüsse zur Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik auf Vorjahresniveau eingefroren und eine zukunftsgerichtete Personalplanung verhindert wurde.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

- den Versuchungen einer einseitigen Klientelpflege eine konsequente Absage zu erteilen und mit Blick auf eine nationale Gesamtstrategie Friedens- und Konfliktforschung als Teil des Aufgabenprofils des integrierten Berliner Instituts von Stiftung Wissenschaft und Politik und Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien – in engem fachlichen Austausch mit den auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung tätigen Instituten, darunter die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, die Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft, das Institut für Theologie und Frieden (Barsbüttel) – zu stärken;
- die Schaffung neuer, bürokratischer Strukturen zu vermeiden und deshalb von der Gründung einer Deutschen Stiftung für Friedensforschung abzusehen und die dafür im Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgesehenen Mittel dem neuen, aus der Stiftung Wissenschaft und Politik und dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien hervorgehenden Institut zu übertragen;
- in enger Kooperation mit Administration und Parlament die Grundlagen für eine praxisorientierte politikberatende Forschung zu verbessern und den gegenseitigen Austausch zu fördern;
- bei der Verwendung der Mittel darauf zu achten, einen Teil der Förderung der gezielten nachuniversitären Ausbildung zugute kommen zu lassen, um dem gestiegenen Bedarf an deutschem Personal Rechnung zu tragen, das im Rahmen der Arbeit der internationalen Organisationen mit außen- und sicherheitspolitischem Profil eingesetzt werden kann.

Berlin, den 17. Januar 2000

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**